



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

-γ-: Vom Deutschtum im Auslande

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Vom Deutschtum im Auslande



ir haben seit ungefähr vier Jahrzehnten das Deutsche Reich, das neben einer geringen Minderheit von Polen, Dänen und Französlingen nahezu sechzig Millionen reindeutsche Einwohner umfaßt und somit den politischen Kern des Deutschtums auf der Erde ausmacht. Die ehemals deutschen Niederlande, die deutsche Schweiz und Deutschösterreich, die das alte Römische Reich Deutscher Nation mit umschloß, gehören nicht dazu und werden auch nach aller Borausfsicht ihr politisches Sonderdasein weiter behaupten. Man mag das bedauern, aber es ist daran nichts zu ändern. Es ist auch gar nicht außer Frage, ob nicht der jetzige reindeutsche Kern noch einmal einen großen Kampf gegen eine übermächtige Koalition um seine Existenz bestehn muß. Die fünfzig Jahre der Ungewißheit darüber, die Moltke uns setzte, sind noch nicht um. Es war unter diesen Umständen ein schwerer politischer Fehler, daß in Deutschland auf Grund des erwähnten Bedauerns eine sogenannte alldeutsche Richtung aufkam, die aus allerlei arischen und „völkischen“ Prinzipien eine Strömung für die angebliche Kürassierstiefelpolitik Bismarcks anregte, deren Ziel die Angliederung der verlorenen alten Reichsteile sein sollte. Niemals hat eine Bewegung mehr das Gegenteil von dem Gewollten bewirkt als die alldeutsche, denn sie hat ringsum die Furcht vor deutschen Begehrlichkeiten erweckt, den Partikularismus der deutschen Nebenkänder gestärkt und überhaupt erst dem Auslande die Handhaben für die spätere sogenannte Einkreisungspolitik der Gegenwart geboten. Ohne das dadurch erregte Mißtrauen würde die Stellung Deutschlands zu den Niederlanden unzweifelhaft viel vertrauensvoller sein, als sie jetzt ist, und daß die gänzlich vergriffne Burenbegeisterung der Ausgangspunkt für die englischen Feindseligkeiten gegen Deutschland gewesen ist, wird nicht ernstlich bestritten werden können. Bis nach Südamerika hatte sich die Fabel von der deutschen Begehrlichkeit verbreitet und überall den deutschen Auswandern und dem deutschen Handel Schwierigkeiten bereitet, die von der geschäftigen Konkurrenz der Nichtdeutschen weidlich ausgenützt wurden. Sogar

in Österreich ist es noch heute ein häufig angewandtes Mittel, auf die „preussische“ Eroberungspolitik hinzuweisen, wenn es gilt, dort das Deutschtum zu bedrücken und die Slawisierung der Monarchie zu fördern. Glücklicherweise ist bis jetzt das Bündnis zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland davon nicht berührt worden, denn es beruht, wie der ganze Dreibund, nicht auf nationaler, sondern auf der reinpolitischen Grundlage der gegenseitigen Sicherung.

Nebenbei ist auch nicht zu vergessen, daß die erwähnte Richtung in Verbindung mit einer durchaus verfehlten Berufung auf Bismarck und seine Zeit nicht wenig zur Zerrissenheit der Parteien und ungewollt auch zu der heutigen Unfruchtbarkeit der innern Politik beigetragen hat. Gerade in einer Zeit, wo Kaiser Wilhelm der Erste und seine Paladine nacheinander von uns geschieden waren, wo Fürst Bismarck vom öffentlichen Wirken zurücktrat, und es für alle, denen es erst um des Reichs Wohlfahrt zu tun war, dringend geboten sein mußte, um die schweren Verluste auszugleichen, sich einmütig um das, was Kaiser und Reich repräsentierte, zu scharen, da machte sich eine Richtung geltend, die in irriger Auffassung des Machtgedankens des Reichs den leitenden Persönlichkeiten Schwierigkeiten schuf, ihnen ganz unausführbare Pläne zumutete und ihren politisch notwendigen Verzicht darauf als Schwäche, als Verlassen der Bahnen Bismarcks auslegte. Man braucht nicht alles gutzuheißen, was in den letzten zwei Jahrzehnten von der Reichsregierung getan oder unterlassen worden ist, und wird doch zugeben müssen, daß gerade die im Namen patriotischer, wenn auch fehlgegriffener Ideen betriebene Herabsetzung aller Regierungsmaßregeln und leitenden Persönlichkeiten doch jenen Parteien Vorschub geleistet und den Boden geebnet hat, die nicht im deutschen Kaisertum, sondern in einer bürgerlichen oder sozialen Republik das Heil des Vaterlands sehen. Noch heute stehen wackre Männer grollend abseits, deren ehrlicher nationaler Sinn damals aufgepeitscht und in eine Richtung gelenkt wurde, auf der nur Enttäuschungen zu finden waren. Nun vermögen sie nur schwer zu erkennen, was für die einzig mögliche Expansion des Reichs getan worden ist und noch getan werden muß. Eine Ausdehnung unsrer Reichsgrenzen unter nationalen oder historischen Gesichtspunkten wäre ja militärisch vielleicht durchzusetzen gewesen, aber schwerlich ohne den eignen wirtschaftlichen Ruin und den des halben Weltteils. Frankreich hat mit ähnlichen Großmachts- und Weltherrschaftsbestrebungen zeitweilig eine glänzende Rolle gespielt, ist aber doch nach und nach in seine ursprünglichen Grenzen zurückgedrängt worden. Deutschlands Expansionsbestrebungen sind nicht territorialer Natur, unsre Zukunft liegt auf dem Wasser.

Und doch, die Deutschösterreicher sind unsre Brüder, die Mehrzahl der Schweizer redet in unsrer Sprache, Schiller ist ebensogut ihr nationaler Dichter wie der unsre, man kann sich die deutsche Geisteskultur ohne Beethoven, Böcklin und Grillparzer gar nicht vorstellen. Gehören nicht diese Leute, von

denen wir politisch geschieden sind, doch zu uns und wir zu ihnen? Man hat sich im Deutschen Reich leidlich eingerichtet, hat auch eigne Sorgen genug; aber kümmert man sich vielleicht nicht zu wenig um die Deutschen, die draußen stehn? Es liegt auf der Hand, daß der Verlust Österreichs ein ungeheures Unglück für die deutsche Nation sein würde. Deutschösterreich gehörte einst zum Kern des alten deutschen Reichs, sein historischer Beruf war es und ist es noch, für das gesamte Deutschtum die Vorwacht gegen Südosten zu bilden. Das Deutschtum als solches kann doch nicht an Grenzpfähle gebunden sein, es muß dauernder sein als irgendein politisches Gebild, und es darf unter uns keine vergessenen Brüder geben. Daraus folgt aber nicht, daß man sie mit Waffen befreien, daß man sie alle unter eines Reiches Hut bringen müsse. Das war ein verfehltter Gedanke, der nur für das Gegenteil wirksam wurde und in der Gegenwart verlassen worden ist. Man hat ja auch die Deutsch-amerikaner nicht zurückerobern wollen, und doch hat heute jedes Deutschen Herz seine Freude daran, daß sie sich kräftig für die Aufrechterhaltung und die politische Geltung ihres Deutschtums regen, und zwar mit Erfolg. Diese Bewegung schreibt sich bekanntlich von der Amerikareise des Prinzen Heinrich her. Aber jedes Land hat seine eigne Art, und nicht jedes Mittel kann an jedem Ort angewandt werden. Deutschösterreich darf jedoch in keinem Zweifel darüber sein, daß wir die Pflichten, die uns das Freundschaftsbündnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn auferlegt, auch über den Buchstaben des geschriebnen Vertrags hinaus erfüllen werden. Für uns ist Österreich nicht Ausland in demselben Sinne wie Frankreich oder Italien, und wir werden nie vergessen, um wieviel wir geistig ärmer wären ohne die Kulturgaben der österreichischen Mark, die auch für uns einen Walter von der Vogelweide, einen Haydn, Mozart, Schubert, Schwind, Grillparzer, Lenau, Raimund, Anzengruber hervorgebracht hat. Auch ist Österreich kein slawischer Staat, sondern immer noch ein Österreich mit unzweifelhaft deutscher Spitze, die kein Völkergemischel verdrängen oder ersetzen kann.

Es ist nicht unbekannt, daß sich viele wirkliche und noch mehr sich früher so bezeichnende Deutsche abgewandt haben, seitdem dort die slawische Flut unermäßig angestiegen ist und auch Oberwasser bekommen hat, seitdem sich die deutschen Parteien durch ihre Spaltung selbst zur Ohnmacht verurteilt haben, seitdem sogar der tschechische Straßenpöbel deutsche Studenten ungestraft überfallen und körperlich verletzen darf. Das ist schlimm, und es beruht nicht auf einem mißverständlichen all- oder großdeutschen Verlangen, daß nur ein deutsches Österreich auch mit seinem bunten Völkergemisch auf die Dauer für das Deutsche Reich von Wert sein kann. Doch darf dies für die politischen Beziehungen der Gegenwart nicht ausschlaggebend sein, um so weniger, als sich noch gar nicht absehn läßt, wieviel sich von den jetzigen bedauerlichen Erscheinungen als bloß vorübergehende Folge unzweifelhaft begangner politischer Fehler und wieviel sich als dauernd herausstellen wird. Um darüber ein

sichres Urteil fällen zu können, ist die Zeit der rückläufigen Entwicklung bis jetzt noch zu kurz. Trotz zahlreicher, das Gefühl aller außerhalb Österreichs lebender Deutschen schmerzlich berührender Tatsachen muß es für uns bei der heutigen Stellung der europäischen Mächte doch als leitender Grundsatz gelten, unter allen Umständen an dem Bündnis mit Österreich-Ungarn festzuhalten, denn es vereinigt mitten im Kontinent eine festgeschlossene Masse von mehr als 110 Millionen mit ausreichend entwickelten militärischen Kräften, die bisher genügt haben, durch ihr bloßes Vorhandensein alle Zettlungen der letzten Jahre zwischen Westen und Osten um jede politische Wirkung zu bringen. Daran muß demnach unverrückt festgehalten werden, wenigstens so lange, bis die unbehagliche politische Spannung in unserm Weltteil friedlich oder durch schärfere Mittel beseitigt worden ist. Ob danach eine Änderung der Stellung Deutschlands zur habsburgischen Monarchie am Plage wäre, wird wesentlich von der Erwägung abhängen, durch welche Stellungnahme Deutschlands den Deutschösterreichern die größere Stärkung zugeführt werden könnte. Was die Lage in Böhmen betrifft, so unterliegt es ja keinem Zweifel, daß die Möglichkeit, die deutsche Pickelhaube könnte einmal auch einen feindlichen Schatten über die schlesisch-sächsischen Grenzgebirge in das Gebiet der sagenhaften Königin Libussa werfen, eine stark dämpfende Wirkung auf den tschechischen Übermut ausüben würde. Aber Deutschösterreich besteht nicht aus Deutschböhmen allein, die Bewohner der deutschen Alpenländer, die den eigentlichen Kern bilden, haben ganz andre Interessen und Aufgaben. Es würde dann immer in Frage kommen, ob nicht die Aufrechterhaltung des historischen Bandes zwischen dem neuen Deutschland und Österreich-Ungarn dem dortigen Deutschtum förderlicher sein würde.

Doch das sind Zukunftsfragen, die die Gegenwart gar nicht ernstlich beschäftigen können. Vorderhand muß uns daran gelegen sein, die heutigen Vorkommnisse in Österreich und die Lage des Deutschtums in ihrem Wesen richtig zu verstehen. Man findet in Deutschland die Schwäche der österreichischen Regierung, die abscheulichen Vorfälle in Prag, die vollständige Entrechtung der steuerkräftigen deutschen Minderheit ganz unbegreiflich. In Deutschland wäre ähnliches freilich nicht möglich. Man darf aber nicht vergessen, daß die heutige tschechische Gewaltherrschaft in Prag auf Grund der einst von den herrschenden Deutschliberalen geschaffnen Städteordnung ausgeübt wird, die der Regierung fast jede Einwirkung verwehrt, ursprünglich auf die Herrschaft der Deutschen berechnet war, aber später, wie so manche andre allzu „freiheitliche“ Schöpfung aus jener Zeit, zum Nachteil der Deutschen ausgeschlagen ist. So bleibt der Regierung kein andres Mittel als der Belagerungszustand (das Standrecht), wenn einmal die Ausschreitungen zu toll werden, und dann tritt auch stets Ruhe ein, ein Beweis dafür, daß die Regierung an sich noch stark genug ist. Sie würde auch die Kraft haben, den unerträglichen Wechsel zwischen Gewaltherrschaft und zeitweisem Standrecht dauernd zu beseitigen,

aber sie müßte dann an Einrichtungen und Zustände rühren, die mit der ganzen innern Staatsverfassung innig zusammenhängen, und die sie darum so lange nicht antastet kann, als die Auffassung besteht, man könne auch die nationalen Schwierigkeiten auf parlamentarischem Wege lösen. Nachdem nun auch die Experimente mit dem allgemeinen Stimmrecht und mit parlamentarischen Ministerien mißglückt sind, ist freilich die Überzeugung davon sehr erschüttert worden, und der Zeitpunkt rückt näher, wo einmal mit dem gänzlich verfehlten Parlamentarismus ein ernstes Wort gesprochen werden muß. Dann kann die Regierung auch in Böhmen Ordnung machen.

Das ist nur ein Musterbeispiel dafür, wie sehr man sich irren kann, wenn man sich nach dem Tagesgeschrei der Zeitungen, die meist auch über den Ursprung der heutigen Sachlage nicht klar sind oder nicht klar sein wollen, zu Urteilen hinreißen läßt, die nicht zutreffend sein können. Ähnlich steht es auch mit der Beamtenfrage. Die tschechischen Beamten nehmen einfach darum überhand, weil nicht genug deutsche vorhanden sind. Das ist auch eine Folge der verfehlten deutschliberalen Taktik. Zur Zeit des deutschliberalen Regiments wurde die vernünftige Praktik, daß die Beamten beider Landessprachen mächtig sein müssen, aufgegeben, die meisten deutschen Mittelschulen wurden einsprachig gemacht. Als sich später die Deutschliberalen in radikalen Bahnen verrannt und für die Staatsleitung unmöglich gemacht hatten, wurde als Parole für die Deutschen ausgegeben, den Taaffeschen Staat zu boykottieren und ihm keine Beamten mehr zu liefern. Die Folge davon ist der gegenwärtige Zustand. Zuerst verschwanden die deutschen Beamten aus den gemischtsprachigen Bezirken, weil sie nicht tschechisch konnten, dann rückten tschechische Beamte in deutsche Bezirke nach, weil es an deutschen Beamten mangelte, und die tschechischen verstehn ausreichend deutsch. Diesem Mißverhältnis könnte auch die deutschfreundlichste Regierung nicht abhelfen, wenn sie nicht mit offener Ungerechtigkeit vorgehn will. Als im Sommer 1907 eine Besetzung der Richterstellen in Böhmen durchgeführt wurde, konnten wegen Mangels an deutschen Beamten von zwölf deutschen Stellen nur sechs mit genügend qualifizierten Beamten besetzt werden, eine Stelle blieb überhaupt unbesetzt, und bei fünf andern mußte so weit auf jüngere deutsche Beamte zurückgegriffen werden, daß nicht weniger als fünfzig tschechischen Gerichtsbeamten ein höherer Titel verliehen werden mußte, um sie wenigstens äußerlich den beförderten deutschen Kollegen gleichzustellen. So steht die Beamtenfrage in Böhmen. Heute hat sich nun die Sachlage in Oesterreich dahin entwickelt, daß infolge der fast drei Jahrzehnte betriebnen Zurückhaltung der Deutschen von der Beamtenlaufbahn immer mehr tschechische Beamte in die obern entscheidenden Stellen aufrücken, wohin sie ihre nationalen Anschauungen mitbringen; dabei mögen auch die tschechischen Landsmann- und parlamentarischen Minister mehr als nötig mitgewirkt haben. Man braucht aber gar nicht anzunehmen, daß alle diese tschechischen Beamten mit Absicht auf Vergewaltigung der Deutschen hinarbeiten, wird aber zugeben

müssen, daß sich gewisse Rechtsanschauungen über nationale Fragen in einem tschechischen Hirn anders gestalten als in einem deutschen. Diese Darstellung soll nur dazu dienen, darzutun, daß die heutige Verhöhnung des Beamtentums nicht allein auf Fehler der Regierung und Begünstigung der Tschechen, sondern auch auf eine ziemlich weit zurückliegende falsche Taktik der Deutschen zurückzuführen ist, an der die jetzige Generation allerdings unschuldig ist, über die sie aber nicht ausreichend begründete Klagen erhebt.

Die böhmische Beamtenfrage ist schon einmal in den Grenzboten (Jahrgang 1903, III, S. 683) ausführlicher besprochen worden, und es kann hier darauf verwiesen werden. Die dort nachgewiesne politische Notwendigkeit, daß die Deutschösterreicher die Zurückhaltung von der Beamtenlaufbahn aufgeben, daß sie vielmehr in den Sudetenländern die zweite Landessprache erlernen und auch in ihrem Heimatlande bleiben müssen, um es vor der weiteren Einwanderung des tschechischen Beamtenüberschusses zu bewahren, ist in Österreich von mehreren Seiten aufgegriffen worden. Mit welchem Nachdruck und welchem Ergebnis, ist nicht bekannt geworden. Jedenfalls können sich die günstigen Folgen solcher Bestrebungen erst nach einem längern Zeitraum geltend machen. Vorläufig ist noch eine Verschlimmerung des jetzigen Zustands vorauszusehen, da das weitere Vorrücken tschechischer Beamten in die leitenden Stellen weder auf gesetzlichem Wege noch durch Verwaltungsmaßregeln unter den nun einmal obwaltenden Verhältnissen aufzuhalten ist. Auch dieses zweite Beispiel der Beamtenfrage zeigt, daß man im Auslande ohne genaue Kenntnis des bisherigen Entwicklungsgangs zu einem zutreffenden Urteil über die Lage und die lauten Klagen der Deutschösterreicher gar nicht gelangen kann. Diese wissen es zum Teil auch selbst nicht mehr, und die meisten deutschen Blätter benutzen die unter ihren Landsleuten vorhandne Unzufriedenheit wegen der Zunahme des tschechischen Beamtentums nur zu wohlfeilen Angriffen auf jedes Ministerium, einerlei ob es deutschfreundlich ist oder nicht. Das ist ja überall leichter, als Ursachen nachzuspüren und auf Mittel zur Abhilfe zu sinnen. In Deutschösterreich hat diese Methode in deutschen Kreisen leider den Radikalismus in einer so verderblichen Weise großgezogen, daß schon eine große Anzahl deutscher Wahlbezirke an die Sozialdemokratie verlorengegangen ist, und weitere werden aller Voraussicht noch nachfolgen. Das bedeutet einen unzweifelhaften Verlust des Deutschtums in Österreich und verdient auch bei uns Beachtung.

Tatsächlich ist leider die Teilnahme in Deutschland an den Schicksalen der österreichischen Stammesgenossen merkbar zurückgegangen. Aber der zuweilen aus Deutschösterreich herüberklingende Vorwurf, die Reichsdeutschen behandelten sie mit kühler Teilnahme und noch kühlerem Verständnis, ist trotzdem nicht zutreffend. Man hat ja in Deutschland nur in einem kleinen Kreise ausreichende Kenntnis von den oben geschilderten und andern ähnlichen Zuständen, aber man hat doch allgemein bei eingehenderer Beschäftigung damit die unerfreuliche Erfahrung gemacht, daß viele der von den Deutschösterreichern erhobnen Klagen

einseitig, mangelhaft begründet und auf noch immer nicht gründlich beseitigte eigne Fehler aus früherer Zeit zurückzuführen sind. Man vermag eben über der Grenze in vielen Fragen objektiver zu urteilen als die im hitzigen politischen Streit stehenden Deutschösterreicher selbst. Man empfindet auch zu häufig die auffälligen Übertreibungen, die kindische Zersplitterung in allerhand Parteien, deren „prinzipielle“ Unterscheidung man von fern gar nicht zu erkennen vermag, aber höchst unzweckmäßig findet, und schließlich die abstoßenden Formen der Parteiagitation und des parlamentarischen Treibens, die trotz aller rückläufigen Erscheinungen in dieser Beziehung auch in Deutschland, doch da als unzulässig, ja als abstoßend erscheinen. Nicht den Deutschösterreichern selbst gegenüber verhält man sich kühl, sondern diesen Betätigungsformen ihres öffentlichen Lebens, diesen gegenseitigen Ehrabschneidungen untereinander und der Sucht, grobe nationale Angriffe noch gröber zu erwidern. Solange dieses Niveau eingehalten wird, werden sich die Sympathien in Deutschland für die Tageskämpfe der Deutschösterreicher schwerlich erhöhen. Eine Einmischung dürfte sich selbst bei einer andern Tonfärbung nicht einmal empfehlen. Mit vollem Recht haben wir uns seinerzeit die Einmischung des österreichischen Parlaments in unsere Polenfrage verboten. Was dem einen recht ist, ist aber dem andern billig. Wir haben darum auch nicht einmal das Recht, uns in die innern Partei- und nationalen Kämpfe der Deutschösterreicher einzumischen, und wenn in der letzten Zeit einzelne deutsche Zeitungen die betrübenden Prager Vorkommnisse nach übertriebenen Berichten noch aufgebauscht und Forderungen daran geknüpft haben, so waren sie im Unrecht. Wir können doch nicht verlangen, daß die österreichische Regierung deutschen Besuchern einen größern Schutz zuteil werden lasse, als sie ihren eignen deutschen Mitbürgern zu bieten vermag.

Also an eine Einmischung der Reichsdeutschen in die Tageskämpfe der Deutschösterreicher ist aus durchschlagenden Gründen nicht zu denken. Die mögen sie selbst durchkämpfen, und sie sind es auch in stande, um so leichter, je mehr sie lernen, sich auf sich selbst zu besinnen und wirklich das nationale Prinzip allein als entscheidend anzusehen. Die deutschen Parteien und Fraktionen vermögen freilich nur schwer zu dieser Erkenntnis durchzubringen, weil sie noch viel zu sehr von den Theorien und Schlagworten einer unheilvollen Zeit erfüllt sind. Das macht die praktische Wirkung ihrer gesamten politischen Kraftanstrengungen vollständig unfruchtbar. Eine Beteiligung daran, sei es nach der einen oder nach der andern Parteirichtung, wäre demnach für die Kräftigung des Deutschtums in Österreich sogar ohne Wert. Aber neben diesem zur vollständigen Unfruchtbarkeit verurteilten, durch Lehrmeinungen um seine Kraft gebrachten Tun macht sich schon seit einer Reihe von Jahren eine praktische deutsche nationale Tätigkeit bemerkbar, die, aus der nationalen Not geboren, schon jetzt zum Teil mit Nichtbeachtung der Parteiunterschiede arbeitet und zu der begründeten Hoffnung für die Zukunft berechtigt, daß aus ihr eine praktisch geschulte Generation empornwächst, die auch die Politik praktisch

zu betreiben lernt. Das ist jene Kleinarbeit, die namentlich in Gestalt des Deutschen Schulvereins ihre schönsten Blüten getrieben, aber auch in zahlreichen andern Vereinigungen, wie Böhmerwaldbund, Nordmark, Südmark, in Vereinen für deutsche Schüler und Lehrlinge usw. ganz überraschende Leistungen für die Erhaltung und Kräftigung des Deutschtums aufzuweisen hat. Hier liegt das Gebiet, auf dem die Reichsdeutschen ihre Teilnahme an den Geschicken ihres Volkstums im Auslande zu beweisen und in viel ausgedehnterer Weise als bisher als Pflicht zu betätigen haben. Und das darf geschehn, ohne daß auch nur der Anschein erweckt werden kann, als wolle man eine allerdings unzulässige Einmischung in die politischen Tageshändel beabsichtigen. Die Erhaltung des Deutschtums in seinem Besiße ist keine Tagesfrage, und sie geht alle Deutschen an. Gewiß werden Polen, Tschechen und Italiener usw. Vorwürfe politischer Art daran zu heften versuchen, wie sie es jetzt auch schon tun, aber man kann das leicht zurückweisen, denn sie handeln ja ebenso und wenden sogar nicht immer gleich einwandfreie Mittel an. Als Muster möge der Gustav-Adolfverein angeführt werden, der trotz mannigfacher Anfeindungen für seine Zwecke seit Jahrzehnten eine segensreiche Tätigkeit in der Diaspora entfaltet. Es handelt sich im wesentlichen darum, Mittel aufzubringen und ihre Verwendung in der Hauptsache den Deutschen im Auslande selbst zu überlassen; denn die sind ehrliche Leute, die ihre Volksgenossen nicht darum betrügen werden, wie man es andern Nationen mit mehr oder weniger Grund nachsagt. Es handelt sich um die Tat; leicht mißzudeutende Reden sind dabei nach Möglichkeit zu sparen, lieber gebe man reichlicher.

Diese Betrachtungen sind angeregt worden durch ein vor kurzem erschienenes vortreffliches Büchlein: Deutsche Vorposten im Karpathenland von Luz Korodi. (Paetels Bucherei, herausgegeben von Hans Bollmer, Berlin, Hermann Paetel, 1908. 1,25 Mark.) Es ist ein Verdienst, das gar nicht hoch genug angeschlagen werden kann, das sich ein deutscher Verlag mit solchen Veröffentlichungen erwirbt. Denn es fehlt in Deutschland an sachlich gehaltenen und doch mit warmem Herzen geschriebnen Darstellungen über die Lage des Deutschtums im Auslande. Es hat wohl seit Jahren nicht an Klageschriften über das Unglück der Deutschösterreicher gemangelt, aber alle diese Broschüren und Bücher hatten den großen Fehler, daß sie in Wirklichkeit nur den Sturz der deutschliberalen Partei bedauerten. Das eigentliche Deutschtum kam zu kurz dabei, und das Interesse der Reichsdeutschen, das allen Deutschen, nicht einer Partei gilt, erlahmte gegenüber der aufdringlich einseitigen Darstellung und erfuhr am allerwenigsten eine Anregung dadurch. Luz Korodi, den die Magyaren schon vor längerer Zeit aus dem Lande ihrer Freiheit hinausgemäßregelt haben, hätte danach wohl einige Berechtigung zur Leidenschaftlichkeit gehabt, aber er hält sich davon so vollkommen frei, daß es, außer den Söhnen Arpads natürlich, jedermann herauslesen und anerkennen wird. Er trägt in fesselnden Bildern auf nur 107 Seiten ein so reichhaltiges, aber keineswegs überladnes Material zusammen, daß man sich

daraus vollständig über die Lage der Deutschen im Reiche der Stephanskrone zu unterrichten vermag. Die nationalen, politischen, kulturhistorischen, literarischen, wirtschaftlichen und sozialen Schilderungen tragen durchaus den Charakter des mit Verständnis selbsterlebten. Er wird sogar dem magyarischen Volkscharakter, von dem man in Deutschland nur sehr unbestimmte Vorstellungen hat, in vollem Maße gerecht und spricht sich keineswegs für eine bisher klug vermiedene scharfe Oppositionsstellung der Deutschungarn gegen die Magyaren aus, die nichts nützen würde. Aber daß sie ihr gesundes und lebenskräftiges Stück deutscher Heimat dort erhalten, gilt für ihn als Notwendigkeit, und er weiß auch überzeugend darzustellen, daß sie sich in Zukunft als starke deutsche Vorposten behaupten werden.

Daraus folgt aber keineswegs, daß sich die Deutschen, die im politisch wohl abgerundeten Kern der Nation so behaglich leben können, wie sie es sich selbst einrichten, aller Pflichten gegenüber den Deutschen der habsburgischen Monarchie entheben und die Dinge dort ihrer keineswegs aussichtslosen Entwicklung überlassen dürften. Dagegen spricht schon das allgemeine deutsche, nicht politische, Kulturinteresse, das nicht an Landesgrenzen gebunden ist. Gewiß werden die siebenbürgischen Stammesgenossen, die trotz zeitweiliger, ernster Anfechtungen länger als achteinhalb Jahrhunderte ihr Deutschtum bewahrten und es sogar aus bewusster Erfahrung national gegen das Magyarentum — ohne dieses politisch anzuseinden — streng abschließen, es auch ferner erhalten. Unstreitig werden die Deutschen der Sudetenländer den von den Tschechen begonnenen Kampf mit Erfolg bestehen, seit sie angefangen haben mit der politischen Kleinarbeit und sich nicht mehr auf den parlamentarischen Machtkampf verlassen, bei dem sie in der Wahl der Mittel oft nicht glücklich gewesen sind. Ohne Zweifel werden auch die Tiroler in der Wiederdeutschung Welschtirols um so mehr weitere Fortschritte machen, je mehr sie die deutsche kulturelle und wirtschaftliche Überlegenheit zur Wirkung bringen und renommitische Einbrüche und Demonstrationen unterlassen, durch die nur die deutschfreundlichen Italiener in das nationale Lager und unter die Leitung der irredentistischen Hezer getrieben werden. Auf diesen Gebieten steht alles günstig, und von „deutschen Schmerzenskindern“ braucht man da nicht zu reden. Damit würde man höchstens das tapfere Selbstgefühl der Deutschösterreicher kränken. Etwas anders aber ist es doch, wenn sie wissen, daß die große Nation draußen im Reich an ihrer nationalen Arbeit innigen Anteil nimmt und auch nötigenfalls zu werktätiger Unterstützung bereit ist. Dazu gehört aber nicht, daß man den Studentenbummel auf dem Graben in Prag, den die Studenten als altes deutsches Recht gegen die Übergriffe einer gewalttätigen Nation mit aller Kraft aufrecht erhalten sollen, durch Abkommandierungen unterstützen will, noch weniger wenn man an Ausflügen teilnimmt, um Welschtirolern die „Wacht am Rhein“ vorzusingen. Dies sind Dinge, die man dem Temperament und der Begabung der Deutschösterreicher selbst über-

lassen soll. Wir müssen ihre gesunde, werbende und erhaltende nationale Arbeit unterstützen und dafür mehr Geldmittel aufbringen, als bisher geschehn ist.

Damit kann nicht nur das Ringen um ihr Volkstum den Deutschösterreichern erleichtert werden, die imstande sind, es aus eigener Kraft zu erhalten, sondern man kann auch da unterstützen, wo diese Kraft nicht ausreicht. Schon Korodi weist auf die Deutschen im Banat hin, die in günstig erscheinenden Zeiten so kurzfristig gewesen sind, ihre deutschen Schulen dem Staat zu übergeben, und nun fast keine mehr haben, da die Unterhaltung besondrer deutscher Anstalten sehr kostspielig ist. Im nördlichen Ungarn geht es den Deutschen eigentlich noch schlimmer, und in Galizien wird ein systematischer Kampf gegen die Deutschen geführt, die überall ihre Schulen verlieren, wo ihnen die Kosten unerschwinglich werden. Leider fehlt über die galizischen Deutschen noch ein rein sachlich orientierendes Buch ähnlich dem Korodischen. Da sind überall große Gebiete, auf denen sich deutsche Mittel in der segensreichsten Weise um die Erhaltung des Deutschtums verdient machen würden. „Halte, was du hast“, kann man dem deutschen Volke nicht oft genug zurufen. Seine nationalen Güter liegen nicht unter dem Schutze des Reichsschwertes allein, sie sind weit durch die Lande verbreitet, wohin das Schwert nicht reicht, und wo das Volkstum als solches für Schutz und Erhaltung eintreten muß. Jede Seele, die der deutschen Sprache verloren geht, bedeutet auch einen Verlust an der deutschen Weltgeltung, die nicht durch Renommieren mit den Kürassierstiefeln Bismarcks und nicht einmal durch ein Raffeln mit dem Säbel zu vermehren ist. Das erste kostet zwar nichts, hilft aber auch nichts, und das andre würde zwar viel kosten, aber höchstens neue widerwillige Elemente ins Reich bringen, deren es schon genug hat. Erhaltung und Ausbreitung der deutschen Sprache ist das beste Mittel, um die Geltung des Deutschtums zu erhöhen. Mit Recht hat schon Treitschke gesagt, daß das Volk, dessen Sprache am verbreitetsten auf der Erde sein werde, auch die stärkste Weltmacht werden würde. Ein Blick auf England lehrt, wie sehr er recht hat.

-7-



Samoa und die Samoaner

Von Rudolf Wagner in Berlin



ach der neuesten Denkschrift über die Entwicklung von Samoa war in der Kolonie alles in bester Ordnung, und zur Zeit der Abfassung dieser Denkschrift mag dies auch der Fall gewesen sein. Aber auch als jüngst über den Etat von Samoa im Reichstag verhandelt wurde, stellte die Regierung die vor einiger Zeit gerüchtweise gemeldeten Unruhen in Abrede und betonte mit Entschiedenheit, daß keinerlei Anlaß vorliege, an dem guten Verhältnis zwischen Gouvernement und Eingebornen zu zweifeln. Aber die Regierung hat mit ihrer Eingebornen-